

**juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik
Deutschland
Saarbrücken**

**Jahresabschluss zum Geschäftsjahr
vom 01.01.2016 bis zum 31.12.2016**

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

der juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik
Deutschland

A. Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

1. Allgemeiner Geschäftsverlauf/Branchensituation

Der Markt für Rechtsinformationen befindet sich, wie bereits schon in den letzten Jahren, im Umbruch von Print auf Online. Die juris GmbH als einer der führenden Anbieter für Online-Rechtsinformationen konnte diesen Umbruch, in enger Kooperation mit den Verlagen der jurisAllianz, auch im Jahr 2016 nutzen und ihre Marktposition trotz hartem Wettbewerb weiter ausbauen.

Die Aktivitäten der juris GmbH konzentrieren sich unverändert auf die zielgruppengerechte Erschließung der Inhalte sowie deren Verknüpfung. Die Stärkung der jurisAllianz im Rahmen der Kooperation von juris mit acht Fachverlagen – Bundesanzeiger Verlag, C.F. Müller, de Gruyter, Deutscher Fachverlag, Erich Schmidt Verlag, Hüthig Jehle Rehm, Verlag Dr. Otto Schmidt und Stollfuß Medien - ist hierbei ein kontinuierliches Anliegen.

Ziel von juris ist es, das Rechtsportal für Deutschland zu sein und zu bleiben. Um dies zu erreichen, bemüht sich juris intensiv, die Kooperation mit den Verlagen der jurisAllianz weiter zu stärken, mit seiner technologischen Plattform State-of-the-Art zu sein und seine Kundenbasis immer weiter auszubauen.

2. Geschäftsverlauf der juris GmbH

2.1. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Gesamtleistung stieg von rund 44,7 M€ im Jahr 2015 um rund 1,8 M€ bzw. 4,1 % auf 46,5 M€ im Jahr 2016 an. Das Wachstum wurde durch die Aufnahme neuer Produkte und Angebotsformen realisiert.

Die Basis für die Kundenbeziehungen bleiben nach wie vor die pauschalierten Abonnementverträge mit unterschiedlichen Laufzeiten.

Die höchsten Umsatzzuwächse konnten mit den Produkten der jurisAllianz, gefolgt von den Flat-Rate-Produkten der juris-Grundversorgung – juris Professionell, juris DAV und juris Spectrum – erzielt werden.

2.2. Wesentliche Geschäftsvorfälle des Geschäftsjahres

Das Jahr 2016 war geprägt durch folgende Entwicklungen:

- Weiterer Ausbau/weitere Stärkung der jurisAllianz:
 - erfolgreicher Start der Vermarktung des überarbeiteten Portfolios der juris PartnerModule
 - Beitritt des Deutschen Fachverlages/Bereich Fachmedien „Recht und Wirtschaft“
- Ausbau des juris-eigenen Portfolios:
 - Neuauflage der juris PraxisKommentare Vergaberecht, UWG, SGB IV, BGB, Bände 2 und 4
 - neuer juris PraxisKommentar Straßenverkehrsrecht
 - neuer juris PraxisReport zum Vergaberecht
 - juris Lex
- Weitere Stärkung der juris-Organisation:
 - erfolgreicher Start des Key-Account-Teams in der Außenstelle Frankfurt
 - Ausbau Online- und Direktmarketing
 - erfolgreiche Einführung der neuen ERP-Software

3. Produktpolitik

Das Alleinstellungsmerkmal der juris GmbH bleibt ein Angebot, welches Primär- und Sekundärcontent bündelt und auf Basis einer auf die Bedürfnisse der Zielgruppe abgestimmten Recherchetechnologie den Kunden direkt zur Verfügung stellt. Dieses Angebot konnte durch die enge Kooperation mit den Partnern der jurisAllianz sowie weiteren Verlagen ausgebaut werden. Durch eine kontinuierliche Weiterentwicklung mit neuen Funktionalitäten und der Verbesserung der Usability ist die juris GmbH im Wettbewerb um den Desktop gut aufgestellt.

4. Dokumentation und Content

Der Erfolg der Content-Strategie der juris GmbH gründet auf Vollständigkeit, Aktualität, Zuverlässigkeit sowie Art und Tiefe der Erschließung von Informationen. Das hohe Maß dokumentarischer Qualität wird durch die seit Jahren für die juris GmbH arbeitenden Experten sowie durch das von juris über die Jahre entwickelte Know-How bei der Programmierung der Suchalgorithmen sichergestellt.

Das im Bundesamt für Justiz eingerichtete Kompetenzzentrum Rechtsinformationssystem des Bundes (CC-RIS) übt zentrale Steuerungs- und Koordinationsaufgaben für die operative Zusammenarbeit der Dokumentationsstellen des Bundes mit juris aus. Dadurch konnten die zum Bund bestehenden vertraglichen Leistungsbeziehungen der juris GmbH in den letzten Jahren weiter professionell ausgestaltet und ausgebaut werden.

5. Investitionen

Das Investitionsvolumen der juris GmbH ist mit 1.614 T€ in 2016 gegenüber dem Vorjahr mit 1.001 T€ deutlich gestiegen. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen durch die erstmalige Aktivierung der selbst geschaffenen Software in Höhe von 502 T€ zu erklären. Die Investitionssumme 2016 verteilt sich auf:

Selbst geschaffene Software	502 T€
Immaterielle Vermögensgegenstände	551 T€
Technische Anlagen und Maschinen	119 T€
Betriebs- und Geschäftsausstattung	425 T€

6. Personal und Organisation

2016 beschäftigte die juris GmbH im Jahresdurchschnitt 200 (im Vorjahr 203) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter IT-Fachkräfte, Kaufleute, Juristen und Dokumentare.

Die Besetzung von Positionen, die Spezialistenwissen oder langjährige Berufserfahrung voraussetzen, gestaltet sich, insbesondere auf Managementebene, aber auch allgemein, u.a. im Marketing und in der IT-Entwicklung, aufgrund des Standorts Saarbrücken, zunehmend schwieriger. Mit der im Vorjahr gegründeten Außenstelle am Flughafen Frankfurt am Main, die als Büro für den Key-Account Vertrieb dient, konnte die Attraktivität von juris als Arbeitgeber in diesem Bereich deutlich gesteigert werden. In Verbindung mit der Ablösung des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD) durch AT-Verträge, wie sie in Abstimmung mit dem Betriebsrat bei Führungskräften, Key-Account Managern und Spezialisten zum Einsatz kommen, dem Einsatz von attraktiven Provisionsmodellen im Vertriebsbereich und einer konsequenten Personalentwicklungspolitik ist juris bemüht, seine Attraktivität für Arbeitnehmer weiter zu steigern.

B. Ertragslage

Die juris GmbH übertraf in 2016 mit einer Gesamtleistung i.H.v. 46,5 M€ den Vorjahreswert i.H.v. 44,7 M€ um 4,1 %. Als Ergebnis vor Steuern wurden 12,3 M€ (im Vorjahr 12,6 M€) erzielt. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist durch die im Ergebnis 2015 enthaltenen periodenfremden Erträge, aus der Rückerstattung der an die Versorgungsanstalt für Bund und Länder gezahlten Sanierungsgelder, i.H.v. rd. 1 M€ bedingt. Korrigiert um diesen einmaligen On-Off-Effekt steigt das Ergebnis vor Steuern von 11,7 M€ auf 12,3 M€.

Nach Abzug der Steuern verbleibt für 2016 ein Jahresüberschuss von rund 8,34 M€ (im Vorjahr 8,46 M€). Unter Berücksichtigung der ausschüttungsgesperrten Beträge in Höhe von 0,56 M€ steht ein Jahresüberschuss in Höhe von 7,78 M€ zur Ausschüttung zur Verfügung. Die Geschäftsführung beabsichtigt, der Gesellschafterversammlung am 22. Juni 2017 vorzuschlagen, eine Ausschüttung in Höhe des maximal verfügbaren Betrages von 7,78 M€ vorzunehmen.

Die Erhöhung der Gesamtkosten um 4 % (Vorjahr 8 %) gegenüber 2015 ist durch den Anstieg der Materialaufwendungen um 0,7 M€ bzw. 7,3 % (Vorjahr 1,7 M€ bzw. 21,4 %) von 9,9 M€ auf 10,6 M€ und der Personalaufwendungen um rund 1,0 M€ bzw. 6,7 % (Vorjahr Rückgang um 0,4 M€ bzw. 2,6 %) von 14,6 M€ auf 15,6 M€ bedingt. Die Abschreibungen sind mit rd. 1 M€ gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert geblieben. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen kam es gegenüber dem Vorjahr zu einem Rückgang um 0,4 M€ bzw. 4,5 % (Vorjahr Anstieg um 1,1 M€ bzw. 15,8 %) von 8,2 M€ auf 7,8 M€.

C. Vermögenslage

Die Bilanzsumme in 2016 beträgt 23.296 T€ und liegt damit rund 1,1 M€ unter dem Niveau von 2015 (24.353 T€).

Auf der Aktivseite erhöhte sich das Anlagevermögen von 3.140 T€ um 645 T€ auf 3.785 T€. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf die erstmalige Aktivierung der selbst geschaffenen Software in Höhe von 502 T€ sowie Nachaktivierungen zum ERP-System zurückzuführen.

Im Umlaufvermögen verminderten sich die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände von 3.678 T€ um 257 T€ auf 3.421 T€. Die Forderungen waren per 24.02.2017 im Wesentlichen erfüllt. Die flüssigen Mittel zum 31. Dezember 2016 reduzierten sich von 16.901 T€ in 2015 um 1.345 T€ auf 15.556 T€.

Der Aktive Rechnungsabgrenzungsposten weist die Abgrenzung des Aufwands bei Zahlungen für das Folgejahr aus und ist von 451 T€ um 45 T€ auf 406 T€ gesunken. Hierbei handelt es sich primär um Wartungsverträge für Hard- und Software.

Auf der Passivseite verminderte sich das Eigenkapital von 11.138 T€, bei vollständiger Ausschüttung des ausschüttungsfähigen Vorjahresergebnisses auf Grund des gegenüber dem Vorjahr leicht gesunkenen Jahresüberschusses um 120 T€ auf 11.018 T€.

Die Rückstellungen reduzierten sich von 8.145 T€ um 1.186 T€ auf 6.959 T€. Grund dafür ist im Wesentlichen die Tatsache, dass im aktuellen Geschäftsjahr eine Forderung für Ertragsteuern zu bilden war (Vorjahr Rückstellung in Höhe von 711 T€) sowie der Rückgang der Rückstellungen für Altersteilzeit um 263 T€. Der Passive Rechnungsabgrenzungsposten weist die Abgrenzung des Umsatzes bei den Flat-Rate Produkten aus und ist von 3.465 T€ um 386 T€ auf 3.851 T€ gestiegen, was auf den Umsatzzuwachs zurück zu führen ist.

D. Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft war auch in 2016 – wie in den Jahren zuvor – unproblematisch. Das Stammkapital der juris GmbH beträgt nach wie vor 2.681 T€. Der Geschäftserfolg der juris GmbH erlaubt es, anstehende Investitionen und sonstige Ausgaben ohne Kreditaufnahmen zu finanzieren. Geplant ist, alle ausschüttbaren Jahresüberschüsse an die Gesellschafter auszuschütten. Das Finanzergebnis lag mit 42 T€ in 2016 gegenüber -49 T€ in 2015 über dem Vorjahr. Der wesentliche Teil entfällt auf Zinserträge, die in Zusammenhang mit der Erstattung des Sanierungsgeldes der VBL für die Jahre 2013 bis 2015 stehen. Aus heutiger Sicht sind keine Liquiditätsrisiken ersichtlich.

E. Künftige Entwicklung – Chancen und Risiken

Die Gesellschaft pflegt und aktualisiert ein unternehmensweites Risikomanagementsystem, mit dem bestehende und potentielle Risiken systematisch erfasst und analysiert werden, kontinuierlich, so dass ggfs. erforderliche Maßnahmen zeitnah eingeleitet werden können. Daneben ist es durch die weitere Verbesserung und den intensiveren Einsatz von Planungs- und Analysetools möglich, tiefergehende Analysen und präzisere Forecasts zu erstellen, um frühzeitig bei Abweichungen gegensteuern zu können.

juris stellt sich auf die sich wandelnden Marktgegebenheiten ein, die u.a. geprägt sind durch die Zunahme von frei verfügbarem juristischen Content im Internet und die Herausforderungen, die IWG und Open Government an die Informationsbereitstellung durch die öffentliche Hand stellen. Ziel ist es, auch in Zukunft das Alleinstellungsmerkmal eines umfassend erschlossenen Primärcontents als Basis eines erstklassigen juristischen Fachinformationssystems zu erhalten und fortzuentwickeln. Dies kann sowohl angepasste Formen der Zusammenarbeit mit Contentlieferanten und entsprechend modifizierte Aufgabenzuordnungen als auch neue Wege des Contentbezuges bedingen. Zugleich wird die Erschließung und Anreicherung von Primärcontent so ausgestaltet und durch Sekundärcontent aufgewertet, dass die für die verschiedenen Zielgruppen relevanten Anforderungen erfüllt werden. Auf Basis dieser Mehrwertstrategie wird juris auch langfristig seine bisherige Marktposition im Wettbewerbsumfeld erfolgreich weiter ausbauen können.

Es bleibt ein wichtiges Anliegen des Unternehmens, die Anforderungen der öffentlichen Hand – und hier insbesondere die der Justiz – besonders zu berücksichtigen. Dies soll dazu beitragen, die Kundenbeziehungen zu Bund und Ländern zu erhalten und qualitativ weiter zu entwickeln.

Im Jahr 2016 wurde neben dem Ausbau des Sekundärcontent-Angebots im Rahmen der jurisAllianz auch die verbesserte Usability der Rechercheoberfläche forciert, um dem zielgruppenspezifischen Informationsverhalten der juris-Kunden zukünftig besser Rechnung tragen zu können. Vor allem die Erschließung und Verlinkung der kombinierbaren Angebote aus Primär- und Sekundärcontent hat geholfen, die herausgehobene Position von juris als dem zentralen Rechtsportal für Deutschland aufrecht zu erhalten.

Im Jahr 2017 soll mit neuen inhaltlichen und funktionalen Angeboten den Informationsbedürfnissen der einzelnen Zielgruppen noch besser entsprochen werden. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die juris GmbH im Verbund mit der jurisAllianz ihre Position als einer der führenden Online-Anbieter von Rechtsinformationen in Deutschland weiter stärkt. Die juris GmbH ist somit für die zukünftigen Herausforderungen gut gerüstet.

Auf dieser Basis und vor dem Hintergrund, dass der Markt für Online-Rechtsinformationen in den kommenden Jahren, insbesondere vor dem Hintergrund der andauernden Migration von Print auf Online, Potential bietet, ist auch in den Jahren 2018 und 2019 von einem weiteren Wachstum bei Umsatz und Ergebnis auszugehen.

Aus heutiger Sicht sind keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

Saarbrücken, den 24.03.2017

Geschäftsführung

Samuel van Oostrom

Johannes Weichert

Bilanz zum 31. Dezember 2016

der juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland

Aktiva

	Anhang Text	31.12.2016 €	31.12.2015 €
A. Anlagevermögen	(4)		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		2.077.117,77	1.320.023,74
II. Sachanlagen		1.707.931,24	1.820.157,18
		3.785.049,01	3.140.180,92
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	(5)	127.681,32	183.425,01
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(6)	3.421.424,35	3.677.845,91
III. Flüssige Mittel		15.556.220,41	16.900.917,76
		19.105.326,08	20.762.188,68
C. Rechnungsabgrenzungsposten		405.641,42	450.877,58
		23.296.016,51	24.353.247,18

Passiva

	Anhang Text	31.12.2016 €	31.12.2015 €
A. Eigenkapital	(7)		
I. Gezeichnetes Kapital		2.681.368,03	2.681.368,03
II. Jahresüberschuss		8.336.806,87	8.456.996,80
		11.018.174,90	11.138.364,83
B. Rückstellungen	(8)	6.958.757,00	8.145.357,00
C. Verbindlichkeiten	(9)	1.467.920,08	1.604.677,36
D. Rechnungsabgrenzungsposten	(10)	3.851.164,53	3.464.847,99
		23.296.016,51	24.353.247,18

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2016

der juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland

	Anhang Text	2016 €	2015 €
1. Umsatzerlöse	(13)	46.265.215,01	44.696.325,56
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	(14)	247.314,63	0,00
3. Gesamtleistung		46.512.529,64	44.696.325,56
4. Sonstige betriebliche Erträge	(15)	729.525,36	1.627.579,48
5. Materialaufwand	(16)	10.640.066,49	9.919.778,62
6. Personalaufwand	(17)	15.564.337,43	14.587.633,25
7. Abschreibungen	(18)	976.966,93	954.647,56
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(19)	7.837.862,82	8.209.802,02
9. Finanzergebnis	(20)	41.956,27	-49.026,72
10. Ergebnis vor Steuern		12.264.777,60	12.603.016,87
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(21)	3.923.363,21	4.141.937,97
12. Ergebnis nach Steuern		8.341.414,39	8.461.078,90
13. Sonstige Steuern		4.607,52	4.082,10
14. Jahresüberschuss	(22)	8.336.806,87	8.456.996,80

Anhang für das Geschäftsjahr 2016

der juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland

(A) AUSWEIS, BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

(1) Allgemeines

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB. Die Gliederung des Jahreschlusses erfolgt entsprechend den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften, den Vorschriften des GmbH-Gesetzes und den ergänzenden Vorschriften des Gesellschaftsvertrages.

Mit dem Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) vom 17. Juli 2015 hat Deutschland die EU-Bilanzrichtlinie 2013/34/EU in nationales Recht umgesetzt. Dies hat punktuelle Auswirkungen auf das HGB, wie zum Beispiel eine Neudefinition der Umsatzerlöse sowie Anpassungen im Anhang.

Die juris GmbH hat ihren Sitz in 66117 Saarbrücken, Gutenbergstraße 23, und ist eingetragen im Handelsregister Registergericht Saarbrücken, HRB 8485.

Von der Aktivierung von selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens nach § 248 Abs. 2 S. 1 HGB wurde erstmals im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 Gebrauch gemacht.

Von dem Wahlrecht zum Ansatz aktiver latenter Steuern aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird kein Gebrauch gemacht.

(2) Gliederungsgrundsätze

Zur Vergrößerung der Klarheit der Darstellung sind Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

(3) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren mit Ausnahme bei den allgemeinen Hinweisen aufgeführten Änderungen auf Grund des BilRUG unverändert die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Herstellungskosten gemäß § 255 Abs 2 Sätze 1-2 und Abs. 2a HGB aktiviert und nach Fertigstellung planmäßig linear über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer sowie bei Vorliegen einer voraussichtlich dauernden Wertminderung außerplanmäßig abgeschrieben.

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer bewertet.

Die Nutzungsdauer des Kundenstamms orientierte sich an dem erwarteten Lebenszyklus der entsprechenden Produkte und wurde insgesamt auf 10 Jahre angesetzt.

Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten aktiviert und linear planmäßig abgeschrieben.

Die Geringwertigen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens bis zu einem Anschaffungspreis von 410 EUR sind im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben und im Anlageverzeichnis als Abgang behandelt worden.

Die Abschreibungsdauer des Anlagevermögens orientiert sich an den steuerlichen AfA-Tabellen, die den wirtschaftlichen Nutzungsdauern entsprechen.

Voraussichtlich dauernden Wertminderungen, die über den nutzungsbedingten Werteverzehr hinausgehen, wird durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Die Bewertung der Vorräte/Waren erfolgt zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips.

Für Wertminderungen werden angemessene Abwertungen vorgenommen.

Die anderen Posten des Umlaufvermögens sind ausnahmslos mit ihren Nennwerten eingebucht worden. Konkreten Ausfallrisiken bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurde durch Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Im einzelnen nicht bezifferbare Risiken werden durch eine pauschal ermittelte Wertberichtigung in Höhe von 1% der um die Einzelwertberichtigungen gekürzten Nettoforderung abgedeckt.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden nach den anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen mittels der "Projected-Unit-Credit-Methode" errechnet. Der Rückstellungsbetrag wurde unter Einbeziehung von Trendannahmen hinsichtlich der zukünftigen Anwartschafts- bzw. Rentenentwicklung ermittelt. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die "Richttafeln 2005 G" von Klaus Heubeck verwendet. Im Berichtsjahr wurde ein von der Deutschen Bundesbank vorgegebener durchschnittlicher Marktzinssatz von 4,00 % (10-Jahres-Durchschnitt; bis 31.12.2015: 7-Jahres-Durchschnitt) bei der Bewertung zugrunde gelegt. Dabei wurde gemäß Satz 2 des § 253 Abs. 2 HGB pauschal eine Restlaufzeit von 15 Jahren angenommen. Rentenanpassungen sind mit 1,0 % berücksichtigt.

Die Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssätzen der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Es wurde eine zukunftsorientierte Verpflichtungsbewertung unter Berücksichtigung von Preis- und Kostensteigerung durchgeführt. Zur Berücksichtigung biometrischer Faktoren wurde wie in den Vorjahren ein pauschaler Abschlag von 2 % auf die Verpflichtungen vorgenommen.

Die übrigen Rückstellungen sind jeweils in Höhe des zukünftigen Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen wurden berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssätzen der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Fremdwährungsverbindlichkeiten lagen zum Bilanzstichtag keine vor.

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

(B) ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(4) Anlagevermögen

Die Aufgliederung und Entwicklung des in der Bilanz ausgewiesenen Anlagevermögens ist im Anlagespiegel gesondert dargestellt.

Im abgelaufenen Kalenderjahr belief sich der Gesamtbetrag der aktivierten Entwicklungskosten auf € 502.257,40, die ausschließlich auf aktivierte selbst erstellte Software entfielen. Weitere Forschungs- und Entwicklungskosten sind nicht angefallen.

(5) Vorräte	31.12.2016	€	31.12.2015
Waren	127.681,32		183.425,01
	127.681,32		183.425,01

Auf Warenbestände wurden in 2016 Abwertungen in Höhe von T€ 54 (VJ T€ 59) vorgenommen.

(6) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	31.12.2016	€	31.12.2015
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.898.342,36		2.122.632,06
Forderungen gegen die Gesellschafter	35.906,98		33.652,65
Sonstige Vermögensgegenstände	487.175,01		1.521.561,20
davon mit einer RLZ > 1J T€ 36 (VJ T€ 36)			
	3.421.424,35		3.677.845,91

Bei den Forderungen gegen die Gesellschafter handelt es sich um Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie die Forderungen gegen Gesellschafter hatten zum Bilanzstichtag wie im Vorjahr keine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

(7) Eigenkapital	31.12.2016	€	31.12.2015
Gezeichnetes Kapital	2.681.368,03		2.681.368,03
Jahresüberschuss	8.336.806,87		8.456.996,80
	11.018.174,90		11.138.364,83

Gemäß Gesellschafterbeschluss vom 21. Juni 2016 wurde der Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2015 an die Gesellschafter ausgeschüttet.

(8) Rückstellungen	31.12.2016	€	31.12.2015
Rückstellungen für Pensionen	729.427,00		733.277,00
Steuerrückstellungen	0,00		710.600,00
Sonstige Rückstellungen			
Personal	2.583.000,00		2.782.810,00
Prüfung und Beratung	132.600,00		75.790,00
Übrige	3.513.730,00		3.842.880,00
	6.958.757,00		8.145.357,00
Ermittlung des Unterschiedsbetrages nach § 253 Abs. 6 HGB			

(8) Rückstellungen	31.12.2016 €	31.12.2015
Rückstellung unter Verwendung des 10-Jahres-Durchschnittszinssatzes	729.427,00	
Rückstellung unter Verwendung des 7-Jahres-Durchschnittszinssatzes	783.083,00	
ausschüttungsgesperrter Unterschiedsbetrag	53.656,00	

Für die in den Personalrückstellungen enthaltenen Altersteilzeitverpflichtungen hat die Sparkasse Saarbrücken der juris GmbH eine Avalbürgschaft zur Insolvenzsicherung der Altersteilzeitverpflichtungen zu Gunsten der teilnehmenden Mitarbeiter eingeräumt. In 2016 betrug die Avalbürgschaft T€ 850 (VJ T€ 920).

Die übrigen Rückstellungen beinhalten überwiegend Aufwendungen für Erlösbeteiligungen der Kooperationspartner und Aufwendungen für eingeleitete Restrukturierungsmaßnahmen.

(9) Verbindlichkeiten	31.12.2016 €	31.12.2015
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	894.919,82	988.825,20
Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern	61.358,50	2.919,16
Sonstige Verbindlichkeiten	511.641,76	612.933,00
davon mit einer RLZ < 1J T€ 287 (VJ T€ 288)		
davon mit einer RLZ > 1J und < 5J T€ 225 (VJ T€ 325)		
davon aus Steuern T€ 267 (VJ T€ 198)		
	1.467.920,08	1.604.677,36

Die vorgenannten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern hatten zum Bilanzstichtag 31.12.2016 wie im Vorjahr keine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Es bestehen keine sonstigen Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mehr als 5 Jahren.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern handelt es sich um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Sicherheiten bestehen keine.

(10) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Der Passive Rechnungsabgrenzungsposten stellt zu periodisierende Erträge aus dem Verkauf von Flatrateprodukten dar.

(11) Sonstige finanzielle Verpflichtungen	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
Verpflichtungen aus Miet- und Wartungsverträgen, übrige finanzielle Verpflichtungen	10.184	11.133
Bestellobligo Anlagevermögen	12	82
davon gegenüber den Gesellschaftern	294	294

(12) Haftungsverhältnisse

Im Geschäftsjahr bestehen keine Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB.

(C) ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

(13) Umsatzerlöse	2016 €	2015
Dialogleistungen/Datenbanknutzung	39.714.556,05	37.849.369,85
DVD	141.586,03	153.989,27
Vertrag mit Bundesrepublik Deutschland	4.650.000,00	4.460.000,00
DV-Projekte und Softwareentwicklung	1.174.399,27	1.665.845,44
Übrige Erlöse	584.673,66	567.121,00
	46.265.215,01	44.696.325,56

Die Vorjahreszahlen der Umsatzerlöse sind aufgrund der Neufassung von § 277 Abs. 1 HGB durch das BilRUG nicht direkt vergleichbar. Bei Anwendung des § 277 Abs. 1 HGB in der Fassung des BilRUG hätten sich für das Vorjahr Umsatzerlöse in Höhe von T€ 44.702 ergeben.

(14) Aktivierte Eigenleistung

Aktivierte Eigenleistungen für die selbst erstellte Software werden im Berichtsjahr mit € 247.314,63 angesetzt.

(15) Sonstige betriebliche Erträge	2016 €	2015
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	504.766,76	462.639,56
Sonstige	224.758,60	1.164.939,92
	729.525,36	1.627.579,48

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen werden periodenfremde Erträge in Höhe von T€ 586 (VJ T€ 1.496) ausgewiesen. Im Wesentlichen betreffen diese mit T€ 505 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

(16) Materialaufwand	2016 €	2015
Aufwendungen für Hilfsstoffe und bezogene Waren	128.683,33	154.024,56
Aufwendungen für bezogene Leistungen	10.511.383,16	9.765.754,06
	10.640.066,49	9.919.778,62

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen umfassen im Geschäftsjahr 2016 in erster Linie Lizenzgebühren für Dokumente, Dokumentenaufbereitung, Wartungsleistungen für EDV-Hardware sowie Miet- und Pflegeleistungen für Software.

(17) Personalaufwand	2016 €	2015
Gehälter	12.757.035,14	11.953.533,07
Soziale Abgaben	1.921.069,94	1.791.694,14
Aufwendungen für Altersversorgung	880.077,07	837.032,90
Aufwendungen für Unterstützung	6.155,28	5.373,14
	15.564.337,43	14.587.633,25

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:	2016 Anzahl	2015 Anzahl
Mitarbeiterinnen	107	109
Mitarbeiter	93	94
	200	203

(18) Abschreibungen	2016 €	2015
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	923.143,03	895.492,53
Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit unüblich	53.823,90	59.155,03
	976.966,93	954.647,56

(19) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden periodenfremde Aufwendungen von T€ 196 (VJ T€ 46) ausgewiesen.

(20) Finanzergebnis	2016 €	2015
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	100.866,47	11.655,58
Erträge aus der Abzinsung	5.221,00	0,00
Zinsen und ähnliche Erträge	106.087,47	11.655,58
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
Aufwendungen aus der Aufzinsung	64.131,20	60.682,30
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	64.131,20	60.682,30
Finanzergebnis	41.956,27	-49.026,72

(21) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Als Ertragsteueraufwendungen werden Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Solidaritätszuschlag ausgewiesen. Die Ertragsteuern belasten nur das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Passive latente Steuern ergeben sich aus der Aktivierung von selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens.

Aktive latente Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen von Altersteilzeit- und Pensionsrückstellungen, aus der zukünftigen steuerlichen Abzugsfähigkeit von Betriebsausgaben, aus den für steuerliche Zwecke nicht ansetzbaren Nutzungsdauerabweichungen des Anlagevermögens.

Bei der Berechnung der latenten Steuern wurde ein Gesamtsteuersatz von 32,975 % zugrunde gelegt.

In Ausübung des Wahlrechts aus § 274 Absatz 1 Satz 2 HGB wurde für den Überhang aktiver Steuerlatenzen eine aktive latente Steuer nicht bilanziert. Latente Steuern sind im Steueraufwand nicht enthalten.

(22) Jahresüberschuss

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss in Höhe von € 7.780.893,47 nach Berücksichtigung der Ausschüttungssperre an die Gesellschafter auszuschütten und den verbleibenden Betrag in Höhe von € 555.913,40 auf neue Rechnung vorzutragen.

Jahresüberschuss		8.336.806,87
Ausschüttungsgesperrte Beträge entfallen:		
auf die Aktivierung selbst erstellter immaterieller Vermögensgegenstände gemäß § 268 Abs. 8 HGB	502.257,40	
auf den Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB	53.656,00	555.913,40
zur Ausschüttung verfügbarer Betrag zum 31.12.2016		7.780.893,47

(D) ERGÄNZENDE ANGABEN

(23) Abschlussprüferhonorar

Das als Aufwand erfasste Honorar des Abschlussprüfers für die Abschlussprüfung beträgt T€ 28. Das Honorar für sonstige Leistungen beträgt T€ 28.

(24) Nachtragsbericht (Berichterstattung nach § 285 Nr. 33 HGB)

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft hatten, sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

(25) Geschäftsführer

Samuel van Oostrom, Saarbrücken

Johannes Weichert, Berlin

(26) Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehörten 2016 folgende Mitglieder an:

Ministerialdirektor a. D.

Gerrit Stein - Vorsitz - bis 31.03.2016

Ministerialdirigent im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Dr. Matthias Korte - Vorsitz - seit 01.04.2016

Ministerialdirektor im Bundesministerium des Innern

Martin Schallbruch bis 30.04.2016

Ministerialrat im Bundesministerium des Innern

Andreas Reisen seit 30.06.2016

Regierungsdirektorin im Bundesministerium der Finanzen

Dr. Susann Schumann

Vertreter der Editions Lefebvre Sarrut S.A.

Dominique Illien

Vertreter der Editions Lefebvre Sarrut S.A.

Rudi Mesotten

(27) Beziehungen zu Unternehmensorganen

Die Angaben zu den Organbezügen sind unter Berufung auf § 286 Abs. 4 HGB beziehungsweise das Schreiben des BMJ vom 06. März 1995 unterlassen worden.

	Anschaffungs- / Herstellungskosten					31.12. €
	01.01. €	Zugänge €	Zuschreibungen €	Umbuchungen €	Abgänge €	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte		502.257,40				502.257,40
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	4.588.357,38	550.568,77		867.292,96		6.006.219,11
3. Kundenstamm	975.000,00					975.000,00
4. Geleistete Anzahlungen	867.292,96	6.362,37		-867.292,96		6.362,37
	6.430.650,34	1.059.188,54	0,00	0,00		7.489.838,88
II. Sachanlagen						
1. Bauten auf fremdem Grund und Boden	201.118,44	10.860,45				211.978,89
2. Technische Anlagen und Maschinen	3.301.448,26	118.564,29		1.850.133,52	1.569.879,03	
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.215.968,94	425.068,62		547.454,35	2.093.583,21	
	5.718.535,64	554.493,36	0,00	0,00	2.397.587,87	3.875.441,13
Gesamt I. + II.	12.149.185,98	1.613.681,90	0,00	0,00	2.397.587,87	11.365.280,01
Abschreibungen						
			01.01. €	des Geschäftsjahres €	auf Abgänge €	31.12. €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte						
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte		4.135.627,60		302.094,51		4.437.722,11
3. Kundenstamm		974.999,00				974.999,00
4. Geleistete Anzahlungen						

	Abschreibungen			31.12. €
	01.01. €	des Geschäftsjahres €	auf Abgänge €	
	5.110.626,60	302.094,51	0,00	5.412.721,11
II. Sachanlagen				
1. Bauten auf fremdem Grund und Boden	96.108,66	21.402,74		117.511,40
2. Technische Anlagen und Maschinen	2.542.722,37	329.417,52	1.849.669,52	1.022.470,37
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.259.547,43	270.228,26	502.247,57	1.027.528,12
	3.898.378,46	621.048,52	2.351.917,09	2.167.509,89
Gesamt I. + II.	9.009.005,06	923.143,03	2.351.917,09	7.580.231,00
			Restbuchwerte	
			31.12.2016 €	31.12.2015 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte			502.257,40	
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte			1.568.497,00	452.729,78
3. Kundenstamm			1,00	1,00
4. Geleistete Anzahlungen			6.362,37	867.292,96
			2.077.117,77	1.320.023,74
II. Sachanlagen				
1. Bauten auf fremdem Grund und Boden			94.467,49	105.009,78
2. Technische Anlagen und Maschinen			547.408,66	758.725,89
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung			1.066.055,09	956.421,51
			1.707.931,24	1.820.157,18
Gesamt I. + II.			3.785.049,01	3.140.180,92

Saarbrücken, den 24.03.2017

Geschäftsführung

Samuel van Oostrom

Johannes Weichert

Bestätigungsvermerk für das Geschäftsjahr 2016

der juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Saarbrücken, den 24. März 2017

**Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**

Wirtschaftsprüfer, Witsch

Wirtschaftsprüfer, Wöhe

Bericht des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2016

der juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland

Bericht an die Gesellschafterversammlung der juris GmbH

Der **Aufsichtsrat** hat sich während der Berichtszeit regelmäßig über die Lage und Entwicklung der Gesellschaft durch mündliche und schriftliche Berichte der **Geschäftsführung** unterrichtet und die **Geschäftsführung** überwacht. Außerdem ist dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats aus sonstigen wichtigen Anlässen berichtet worden.

Der Jahresabschluss ist von der von den Gesellschaftern als Abschlussprüfer gewählten **Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft**, Saarbrücken, geprüft worden. Die Prüfung hat nach ihrem abschließenden Ergebnis zu keinen Beanstandungen Anlass gegeben. Die Prüfungsgesellschaft hat für den Jahresabschluss den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht geprüft. Auch diese Prüfung hat zu Beanstandungen keinen Anlass gegeben.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung,

1. den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2016 in der in dem Prüfungsbericht vom 24. März 2017 der **Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft** enthaltenen Fassung festzustellen;
2. die Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2016 zu entlasten.

Berlin, 27. April 2017

Dr. Matthias Korte, Vorsitzender des Aufsichtsrats

Feststellung des Jahresabschlusses und Ergebnisverwendungsbeschluss für das Geschäftsjahr 2016

der juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland

34. Ordentliche Gesellschafterversammlung der juris GmbH am 22. Juni 2017 in Berlin

Feststellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2016 und Ergebnisverwendung

Beschluss

1.)

Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2016 beträgt € 8.336.806,87.

Er setzt sich aus dem Jahresüberschuss 2016 in Höhe von € 8.336.806,87 sowie einem Gewinnvortrag von € 0,00 zusammen.

2.)

Der von der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüfte und mit einem uneingeschränkten Testat versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 wird festgestellt.

3.)

Der Bilanzgewinn des Jahres 2016 in Höhe von	€ 8.336.806,87
--	----------------

abzüglich der für die Ausschüttung gesperrten Beträge	
---	--

gemäß § 268 Abs. 8 HGB in Höhe von	€ 502.257,40
------------------------------------	--------------

gemäß § 253 Abs. 6 HGB in Höhe von	€ 53.656,00
------------------------------------	-------------

wird in Höhe von	€ 7.780,893,47
------------------	----------------

ausgeschüttet (Ausschüttung/Bruttodividende).

Die Ausschüttung verteilt sich auf die Gesellschafter entsprechend ihrer Anteile am Stammkapital. Die auf die einzelnen Gesellschafter entfallenden Bruttoausschüttungsbeträge ergeben sich aus der beigefügten Tabelle.

Bei den Angaben in der Tabelle zum auszahlenden Betrag handelt es sich lediglich um Informationen für die Gesellschafter im Zusammenhang mit der Ausschüttung, welche stets unter dem

Vorbehalt eventueller Änderungen, insbesondere bei der steuerlichen Behandlung bei den einzelnen Gesellschaftern, stehen.

4.)

Die Ausschüttung gemäß 3.) erfolgt zum 23. Juni 2017.

Samuel van Oostrom

ppa Gabor Kugelmann